

Der folgende Text stammt aus meinem Buch

„Jetzt mal ehrlich. Ein offenes Wort über Deutschland“, das **1996** erschienen ist:

Wie heißen beim Euro die Pfennige?

Der überstürzte Umzug ins europäische Haus

Wenn mich früher jemand nach meiner Nationalität gefragt hat, fand ich es nicht nur schick zu antworten: Terraner, also Erdbewohner, es entsprach auch meiner Überzeugung. Grenzen empfand ich immer als negativ, als etwas Trennendes; ihre Schutzfunktion nach außen spielte für mich keine Rolle. Ich war mit jeder Faser inter-, multi- globokulturell. Meine Freunde stammten aus allen Teilen der Welt, und in unseren Gesprächen entdeckten wir weit mehr Verbindendes als Trennendes. Hin und wieder wurde meine begeisterte Internationalität gedämpft. Einige in unserer Clique lebten mit ausländischen Partnern und stellten dabei fest, dass es auch Unterschiede gibt, mit denen man schwer zurechtkommt, dass es zuweilen eben doch einfacher ist, mit jemandem aus derselben Erfahrungswelt den Alltag zu bestreiten. Was für den einen Wert hatte, war für den anderen ohne Bedeutung. Das kommt zwar auch bei Partnern aus demselben Kulturkreis vor, lässt sich aber meist leichter bewältigen. Toleranz fordern und sie selbst leben sind zwei verschiedene Dinge. Und an welchem Punkt kippt Toleranz in Gleichgültigkeit um? Welches Verhalten, das sich nach anderen Werten richtet, kann man tolerieren und welches darf man um keinen Preis akzeptieren? Was wir Mitteleuropäer als Verletzung der Menschenrechte empfinden, ist für Bewohner anderer Teile dieser Erde, die sich auch nicht für Barbaren halten, ganz normal. So einfach ist das also nicht mit der konkreten internationalen Solidarität. Doch total unverständlich war es mir und meinen Freunden, dass Menschen verschiedener Nationalitäten gegeneinander Krieg führen, aufeinander schießen. Wir glaubten an die Lernfähigkeit der Gattung Mensch und daran, dass es möglich sei, mit einer Mischung aus Verstand und Mitgefühl Konflikte zu bewältigen, ohne sich gegenseitig abzuschlachten. Alles andere war für uns indiskutabel und im wahrsten Sinne des Wortes menschenunwürdig.

Später habe ich dann den Internationalismus in der Sowjetunion erlebt und auch schätzen gelernt, denn die äußere Erscheinungsform war bestechend. Studenten aus Westeuropa und Übersee, so erinnere ich mich, waren bei einem internationalen Treffen auf russischem Boden in den siebziger Jahren überwältigt, wie unbefangen und selbstverständlich unsere sowjetischen

Kommilitonen europäischer und asiatischer Herkunft miteinander umgingen. Es machte den Eindruck, als funktioniere es.

Ende der achtziger Jahre – 1987 hatte ich meine Tätigkeit als Korrespondentin der ARD in Moskau aufgenommen – habe ich dann hautnah erfahren, was passiert, wenn die Fesseln eines solchen staatlich verordneten Internationalismus reißen und sich die eigene Identität der Völker mit einer Wucht Bahn bricht, die nur durch die frühere Unterdrückung zu erklären ist. In einem Maße, das ich nicht genau beziffern kann, aber sehr hoch ansetzen würde, resultieren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aus dieser Entwicklung. Rücksichtslos durchgesetzte Nachholbedürfnisse der verschiedenen Völkerschaften – menschlich verständlich, politisch fatal – verhindern, dass Wege gemeinsam beschritten werden, obwohl jedem theoretisch klar ist, dass man heutzutage auf sich allein gestellt nicht mehr weit kommt. Schon gar nicht in einem Teil der Welt, der über Jahrzehnte eine so strikte Arbeitsteilung praktiziert hat wie die Sowjetunion. Wie soll das mit der Wirtschaft in den UdSSR-Nachfolgestaaten vorangehen, wenn die Einzelteile für ein beliebiges Industrieprodukt aus verschiedenen Ländern zugeliefert werden müssen, die sich und anderen das Leben schwermachen, weil sie ihre Selbständigkeitsrituale bis ins Groteske steigern?

Deshalb habe ich auch nie verstanden, warum ausgerechnet Westeuropäer, die sich ihrerseits der europäischen Einigung verschrieben haben, jede Unabhängigkeitserklärung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gedankenlos beklatschten. In einer Zeit, wo die Welt enger zusammenrückt, wo jeder, der etwas zu sagen hat und mitreden will, das Wort von der Globalisierung im Munde führt – muss man da nicht alle Überzeugungskraft aufwenden, um anachronistische Entwicklungen zu verhindern? Oder stimmt es etwa nicht mehr, dass Zusammenarbeit und Vernetzung vor allem der Friedenssicherung dienen? Der Westen müsste gegenüber dem Osten in einer solchen – konstruktiven – Debatte ja keineswegs als Besserwisser auftreten. Wie wäre es mit folgendem Motto: Wir wollen von euch lernen, wie man es auf keinen Fall machen darf, wenn man eine Weltregion politisch und wirtschaftlich zusammenbinden will. Ihr könntet von unseren Erfahrungen profitieren, dass sich Kleinstaaterei nicht lohnt. Lasst uns also gemeinsam überlegen, wie der richtige Weg aussehen kann!

An dieser Stelle ist wieder ein Bekenntnis fällig: Ich war schon für Europa, als von Währungsunion und Staatenbund noch keine Rede war. Annäherung, Verständigung, gegenseitige Hilfe, Austausch mit dem Ziel, voneinander zu

lernen und sich in jedem Falle offen die Meinung zu sagen, damit sich um Himmels willen nichts festsetzt, kein Missverständnis verkrustet. Ich bin immer noch für Europa, aber ich gedenke nicht, mit jeder Kritik hinterm Berg zu halten, weil das „der großen Sache“ schaden könnte, der wir uns seit Adenauer und de Gaulle verpflichtet sehen. Es geht auch nicht an, wenn über Europa geredet und gestritten wird, Maulkörbe verhängen zu wollen, mit dem Hinweis, dieses sensible Thema eigne sich nicht für den Wahlkampf. Welches Thema eignet sich schon für den Wahlkampf?

Wie wir uns zur Zeit Europa nähern – so geht das nicht. Wir setzen zwar keine Waffengewalt oder physischen Zwang ein, aber demokratisch entscheiden lassen wir die Menschen auch nicht. Wir sind dabei, mit vereinter Staatsgewalt und politischem Druck etwas zusammenzuzwingen, was doch nur freiwillig zusammenwachsen kann. Ich sag's mal mit einem etwas übertriebenen, aber anschaulichen Bild: Die gegenwärtige Europapolitik kommt mir manchmal so vor, als würde man Menschen aneinanderketten mit dem Befehl: Nun liebt euch gefälligst, wir wissen, dass es gut für euch ist! Und wenn sich Widerstand regt, dann heißt es entweder, die Leute sind zu blöd, da muss man mit sanfter Gewalt nachhelfen, oder die Kritiker stehen politisch so weit im Abseits, dass man sich mit ihnen gar nicht erst auseinandersetzen muss.

Ich wiederhole es gern. Ja, ich bin mir der Gefahr bewusst, vor den falschen Karren gespannt zu werden. Aber es widerstrebt mir zutiefst, meine Ansicht nicht zu äußern, damit sie mir ja keiner „missbrauchen“ kann. Ich verstehe das Unbehagen des mir sehr sympathischen Kabarettisten Werner Schneyder gut, der sich durch Jörg Haiders grobe Angriffe auf eine Reihe von Kulturschaffenden in Österreich zur Solidarität mit den Betroffenen genötigt sieht, selbst wenn er einige von ihnen persönlich auch nicht schätzt. Schneyder hat in einem Interview verraten, wie er sich dabei fühlt, wenn er gezwungen wird, sich selbst zu zensieren aus Angst vor dem Beifall aus der falschen Ecke: „Ich werde dem Haider nie verzeihen, dass ich jetzt nicht mehr öffentlich sagen kann, wie ich die Jelinek finde.“ Und so weit möchte ich eben nicht gehen. Ich möchte Elfriede Jelinek künstlerisch für eine Zumutung halten dürfen, ohne in die Nähe von Jörg Haider gestellt zu werden. Ich möchte die Struktur der ARD kritisieren dürfen, ohne für einen Totengräber der Öffentlich-Rechtlichen gehalten zu werden – das Gegenteil ist der Fall: Wer nicht kritisiert und umstrukturiert, kann sich gleich geduldig auf das Ende einstellen. Und ich möchte den Fahrplan der europäischen Einigung kritisieren dürfen, ohne als tumber Europagegner ins Abseits gestellt zu werden.

Das Bild vom europäischen Haus gefällt mir – war es nicht von Michail Gorbatschow? Ohne übertriebene deutsche Bauvorschriften anwenden zu wollen – eine solide Konstruktion, die nicht beim kleinsten Erdstoß gleich in sich zusammenfällt, wäre wünschenswert. Ebenso eine gute Isolierung, die verhindert, dass sich bei jedem Familienkrach die Nachbarn belästigt fühlen. Wer Vermittlung oder Schlichtung wünscht, kann ja klingeln kommen. Wenn alle die gleiche Miete bezahlen, müssen auch alle das Gefühl haben, bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligt zu werden. Wenn erst das Gezerre um den Südbalkon oder das Schlafzimmer zur ruhigen Hofseite losgeht, dann gute Nacht.

Eine funktionierende Nachbarschaft stellt einen Wert dar. Ob sie funktioniert oder nicht, hängt aber nur sehr begrenzt von der Konstruktion des Hauses oder von der geltenden Hausordnung ab. Entscheidend ist, ob die Bewohner das Haus zu schätzen wissen, ob sie sich an die Hausordnung halten und ob sie sich gegenseitig sympathisch finden oder sich nicht ausstehen können. Die Dinge wollen also überlegt sein.

Wenn ich großen Ärger mit einem Nachbarn habe, dann ziehe ich woanders hin, wenn ich es mir leisten kann und es sich einrichten lässt. Wenn ich befürchten muss, mit zukünftigen Nachbarn Ärger zu bekommen, dann werde ich freiwillig erst gar nicht in das betreffende Haus einziehen. Wenn ich mein komfortables Eigenheim verlasse (in diesem Falle Deutschland), um mit anderen zusammenzuziehen, ist das mindeste, was ich brauche, Vertrauen und eine gewisse Grundsympathie. Es darf auch ruhig mal krachen. Wenn dann nach ein paar deutlichen Worten die Welt wieder in Ordnung ist – okay. Und wenn ich auf Sicherheit aus bin und mich deshalb in einem alleinstehenden Einfamilienhaus nicht wohl fühle, dann sollte mir dennoch klar sein, dass mich auch ein Mehrfamilienhaus nicht automatisch davor schützt, im Hausflur überfallen und zusammengeschlagen zu werden. Da kann die Hausordnung noch so ausgefeilt sein.

Warum soll das alles für das europäische Haus nicht gelten?

Nehmen wir Frankreich. Achtung, Bekenntnis: Ich liebe die französische Sprache, die ähnlich musikalisch ist wie die russische; mir gefallen das Land und die sprichwörtliche Lebensart. Weniger Gefallen finde ich am unbefangenen, nahezu sorglosen Umgang unserer Nachbarn mit der Kernenergie – ein französischer Kollege meinte dazu: Was für euch Deutsche die D-Mark ist, das ist für uns Franzosen die Atomkraft. Das unerschütterliche

Selbstbewusstsein der „Grande Nation“ geht mir auch ab und zu auf die Nerven. Ich habe, wie viele andere Menschen auf der Welt, fassungslos die Atomversuchsreihe verfolgt, die Frankreich im Herbst 1995 gestartet hatte. Ich habe mit Genugtuung und Wut zur Kenntnis genommen, dass sich zwei von drei Franzosen ebenfalls gegen die Atomtests ihres Landes aussprachen. Genugtuung, weil dieses Ergebnis nicht dazu taugte, bei uns in Deutschland ein neues Feindbild aufzubauen. Wut, weil in Frankreich eben auch Politik über die Köpfe der Leute hinweg gemacht wird. Es geht mir hier überhaupt nicht um die Frage, welche Gefahren diese Versuche für Mensch und Natur mit sich bringen und ob – garantiert nicht radioaktiv – Computersimulationen nicht den gleichen Dienst erwiesen hätten. Es geht mir – wie so oft in diesem Buch – vielmehr um die Mechanismen beim Umgang mit einem Problem.

Das offizielle Frankreich hat sich aufgeführt wie eine beleidigte Diva. Reihenweise wurden geplante Staatsbesuche abgesagt und bereits eingeladene Staatsgäste wieder ausgeladen. In Bonn zerbrach man sich den Kopf, wie man am geschicktesten Kritik äußert, ohne die deutsch-französische Freundschaft zu belasten. Was muss das für eine Freundschaft sein, die bei den leisesten kritischen Tönen gleich zu zerbrechen droht? Phasenweise wirkte die französische Diplomatie mit ihren Rundumschlägen geradezu trotzig. Der Gipfel war dann der französische Vorwurf, bei den weltweiten Protesten handele es sich um pure Heuchelei und man vermisste ein Mindestmaß an Solidarität innerhalb der Europäischen Union, „das wir mit Recht voneinander erwarten können“, so der französische Außenminister Hervé de Charette am 13. Dezember 1995. Premierminister Alain Juppé beschwerte sich mit nahezu den gleichen Worten im französischen Fernsehen, wobei er ausdrücklich die Bundesrepublik für ihre Solidarität lobte. In einem Gastkommentar für eine deutsche Zeitung formulierte Juppé: „Frankreich ist denen dankbar, die dem Beispiel der britischen Regierung und Kanzler Kohl gefolgt sind, also der Versuchung widerstanden haben, in den Chor des Protestes einzustimmen. Der wird von Anti-Atom-Bewegungen dirigiert, deren Geschichte und politische Verbindungen bekannt sind.“ Juppé schreckte also auch vor billigen Diffamierungen nicht zurück und setzte dann noch eins drauf: „Das vorbildliche Verhalten dieser Staatsmänner zeigt, dass sich Demokratie nicht unbedingt auf Demagogie reimt. Es zeigt auch, dass diese Debatte die Interessen von ganz Europa berührt.“ In der Tat. Wenn ich an meine französischen Nachbarn im europäischen Haus denke, dann ist mir die Familie sehr willkommen, der Familienvater aber möglicherweise höchst suspekt. Wie kann ich erwarten, dass der eine neue Hausordnung akzeptiert, der wird sie ganz nach Gusto umbiegen.

Laut Artikel 34 des Euratom-Vertrags hätte Frankreich von der Europäischen Kommission eine Stellungnahme zu den geplanten Atomtests und unter den gegebenen Umständen sogar eine Erlaubnis einholen müssen. Hat es aber nicht. Wer zeigt da wohl Mangel an Solidarität?

André Glucksmann, einer der führenden Philosophen Frankreichs, Professor an der Pariser Sorbonne, schrieb in einem offenen Brief an die Deutschen: „Liebe Freunde, prüfen Sie die Unverhältnismäßigkeit Ihres Eifers: Begeisterung für die kleine Friedensflotte – und kein Wort für die verstrahlten Kinder von Tschernobyl. So zahlreich gehen Sie gegen unterseeische Atomversuche auf die Straße, aber wo waren die Pazifisten, um für Vukovar, Dubrovnik und Sarajevo zu demonstrieren, für Grozny, das binnen drei Wochen dem Erdboden gleichgemacht wurde? Die Unverhältnismäßigkeit der Empörung lässt den moralischen Anspruch der Atomgegner auf null sinken. Kultur und Schutz des Lebens beschränken sich nicht auf Mitleid mit Plankton. In Srebrenica sind Menschen gestorben, die Fische im Mururoa-Atoll vermehren sich. Der ökologische Tourismus à la Greenpeace lässt an Herrschaften denken, die zwischen 1933 und 1940 Rosen gehegt und ihr Image gewahrt haben, während die Menschenschlächter düstere Rekorde aufstellten.“ Starker Tobak. Der Protest gegen die französische Machtpolitik wird mit dem Hinweis auf die vielen anderen Sachen in der Welt abgeschmettert, die noch viel schlimmer seien und gegen die man sich erst einmal wenden müsse, um glaubwürdig zu bleiben. Und wie stellen Sie sich das praktisch vor, lieber Herr Glucksmann? Eine Liste der moralisch verwerflichen Taten weltweit – das lässt sich als Loseblattsammlung oder auf Diskette problemlos aktualisieren -, die jedes Mal heruntergebetet werden muss, ehe man sich dem eigentlichen Anliegen zuwendet? Etwa so: „Bevor ich zum Grund unseres heutigen Protestes komme, lassen Sie mich erst einmal Ekel und Abscheu formulieren über die folgenden Ereignisse der letzten Monate“?

Und was sollte der ständige Hinweis auf China, das die Welt doch viel ungenierter mit Atomversuchen belaste, jedoch nicht halb so viel dafür kritisiert werde? Aber bitte, dass Frankreich sich in solche Gesellschaft begibt, ist doch gerade der Grund für die unendliche Enttäuschung hierzulande. Was erwarten wir denn von China? China hat nie behauptet, unser Freund zu sein, mit denen wollen wir auch nicht zusammenziehen. Frankreich, unser Freund, benimmt sich wie die Axt im Walde, und das muss man so deutlich sagen dürfen, wenn der Einzugsstermin ins gemeinsame Haus immer näher rückt.

Nicht wenige bei uns sind der Meinung, dass es wichtiger sei als alles andere, den einmal ins Auge gefassten Zeitplan einzuhalten. Die Gründe, die dafür angeführt werden, besagen eigentlich nichts anderes als: Wie sieht denn das aus, wenn wir den Termin immer weiter verschieben? Was sollen denn die Leute denken? Die meinen am Ende noch, wir verstehen uns nicht. Sieht ja immer blöd aus, wenn eine gemeinsame Wohnung nicht termingerecht bezogen wird. Und dann die Kosten. Es kann ja in der Tat teurer werden, die alte Wohnung zu behalten und die neue leer stehen zu lassen, wenn man den Mietvertrag schon unterschrieben hat. Aber naiv gefragt: Ist das neue Haus überhaupt schon fertig? Wenn nicht, dann wird es nämlich noch teurer.

Wenn alles nach Plan läuft, soll ab 1. Januar 1999 der Euro (wie heißen eigentlich dann die Pfennige?) die Mark ablösen. Zunächst will man die gemeinsame Währung nur im geschäftlichen Zahlungsverkehr, d.h. als Verrechnungseinheit zwischen den europäischen Banken, Großunternehmen und Institutionen, einsetzen. Drei Jahre später, ab 1. Januar 2002, sollen wir alle, Sie und ich, den Euro dann in unserem Portemonnaie finden.

Im Prinzip ist die europäische Währungsunion eine feine Sache. Wenn schon Binnenmarkt, warum dann noch mit zig verschiedenen Währungen? Außerdem zeigt der deutsche Wille zum Euro, dass wir nach der Vereinigung unseres Landes keine Vormachtstellung anstreben, sondern mehr auf Gemeinsamkeit setzen: Integration statt Dominanz. Hinzu kommen noch die kleinen Dinge am Rande, die alles andere als ausschlaggebend sind, aber Touristen zum Beispiel an einem einheitlichen Währungsgebiet Gefallen finden lassen. Nach Berechnungen von Banken bleiben heute von 1.000 Mark, die man sich in Deutschland in die Tasche steckt, nach einem Europatrip durch alle EU-Staaten mit entsprechenden Tauschaktionen in die jeweilige Landeswährung weniger als 500 Mark übrig, ohne dass man irgendetwas gekauft hätte. Den Rest haben Umrechnungskurse und die Gebühren der Wechselstuben aufgezehrt.

Es schmerzt zuweilen, von alten Gewohnheiten Abschied zu nehmen, und an die Deutsche Mark mit allem, was sie uns bedeutet – wirtschaftlich wie emotional –, haben wir uns schon sehr gewöhnt. Aber dürfen solche Gefühle unsere Entscheidung beeinflussen? Ist da nicht der kühle Sachverstand gefragt? Man muss nicht erst den Börsenguru Kostolany befragen, um zu erfahren, welche beherrschende Rolle die Psychologie in der Wirtschaft spielt. Da gibt es Beispiele zuhauf. Wie oft werfen Stimmungen und „Atmosphärisches“ alle Wirtschaftsanalysen und Prognosen über den Haufen, die auf kühlem Sachverstand aufgebaut waren.

Vielleicht würde es weiterhelfen, wenn wir das Thema Euro aufrichtiger diskutierten. Aber solange sich sogar Parteifreunde mit Totschlagargumenten beharken, darf man sich nicht wundern, wenn ebendiese Diskussion ausbleibt. Da wirft Klaus Hänsch, SPD, Präsident des Europäischen Parlaments, am 30. Oktober 1995 dem Euroskeptiker Rudolf Scharping „nationalistisches Stammtischgeschwätz“ vor. Oder da vermutet SPD Vorstandsmitglied Peter Glotz am 6. November 1995, es wolle wohl einer mit „Gauweilerschen“ Thesen Wahlkampf machen. Peter Gauweiler von der CSU kommt schon sowieso nicht in Betracht als Mitdiskutant. Auch hier greift die Lagertheorie. Bist du für oder gegen Europa? Bist du für oder gegen den Euro? Und wenn du tatsächlich dagegen sein und auch noch bedenkenswerte Argumente haben solltest, dann halte um Himmels willen den Mund. Denn alles andere stört nur.

Erschreckend dabei, dass Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft öffentlich Horrorszenarien für den Fall entwerfen, dass der Terminplan nicht eingehalten wird. Im persönlichen Gespräch jedoch machen sie aus ihren Bedenken keinen Hehl und vertrauen darauf, dass sich der Starttermin von selbst erledigen wird, weil ohnehin kaum ein Land die in Maastricht vereinbarten finanzpolitischen Konvergenzkriterien erfüllen wird. Prächtig.

Ein Banker, Spezialist in Sachen Europa, den ich frage, was aus seiner Sicht wahrscheinlicher sei, eine Verschiebung des Termins oder eine Aufweichung der verabredeten Kriterien, zieht sich geschickt aus der Affäre: „Es müssen drei Dinge unter einen Hut gebracht werden, die eigentlich nicht unter einen Hut zu kriegen sind. Erstens, die Konvergenzkriterien sollen streng angewandt werden. Zweitens, damit die Veranstaltung ökonomisch einen Sinn hat, muss die Zahl der Teilnehmer hinreichend groß sein. Und drittens soll der Termin 1. Januar 1999 gehalten werden. Wendet man die Kriterien streng an und will eine große Zahl von Mitgliedern haben, dann ist der 1. Januar 1999 nicht zu schaffen. Wendet man die Kriterien streng an und hält den Termin, dann können nur sehr, sehr wenige teilnehmen – oder niemand. Und die dritte Variante: Soll die Teilnehmerzahl groß sein und der Termin gehalten werden, dann müssen Sie die Kriterien aufweichen. Das sind die drei Spielarten, die wir zur Verfügung haben.“ Dazu fällt mir nur der Begriff „die Quadratur des Kreises“ ein, und mein Gesprächspartner ergänzt schmunzelnd: „Ich nenne das neuerdings das magische Dreieck.“

Die erwähnten Konvergenzkriterien beziehen sich im Wesentlichen auf die Inflationsrate, auf die Neuverschuldung und die Gesamtschuld des Staates. Zins-

und Wechselkursentwicklung spielen auch noch eine wichtige Rolle – doch dazu später.

Was die Inflation betrifft, so gilt nach dem Maastrichter Vertragstext die erforderliche Preisstabilität dann als erreicht, wenn die Inflationsrate eines Landes im Jahr vor der Konvergenzprüfung durchschnittlich um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener Mitgliedsstaaten (höchstens drei) liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Im Klartext: Die drei stabilsten Länder liefern die Basiswerte, nach denen sich alle anderen zu richten haben. Aber wie? Die Formulierung im Vertrag lässt diverse Auslegungen zu, und in der Vergangenheit wurde bereits heruminterpretiert. Während die Europäische Kommission noch 1994 verkündete, man werde den Drittbesten als Messlatte heranziehen, stellte sich die Deutsche Bundesbank auf den Standpunkt, alle müssten sich am Stabilsten orientieren. Die jüngste Äußerung der Kommission läuft auf eine Durchschnittsrechnung hinaus. Aus den Inflationswerten der ersten drei wird das Mittel gebildet, das von allen anderen nur um 1,5 Prozentpunkte überstiegen werden darf. Deutschland wäre derzeit bei diesem Kriterium übrigens nach jeder Rechnung „drin“, ja, gehört sogar zu den drei Klassenbesten.

Die jährliche Neuverschuldung darf nach Maastricht 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Da wäre Deutschland nach dem Stand vom Februar 1996 mit 3,6 % draußen. Und die gesamte Staatsschuld darf nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Auch hier würde es eng. Die Daten für das vierte Quartal 1995 liegen noch nicht endgültig vor, doch Schätzungen, Stand Februar 1996, gehen bei der deutschen Staatsschuld von 58,5 Prozent aus.

So eindeutig, wie sich das möglicherweise anhört, ist es aber nicht. Mein Gesprächspartner von der Bank macht mich darauf aufmerksam, dass es auch hier ohne „Aufweichung“ der Kriterien einen gewissen Spielraum gäbe. Aufgrund der schwammigen Formulierung im Vertrag sei es durchaus möglich, „dass nicht stur 3 Prozent gefordert werden, sondern eine 3 vor dem Komma ausreicht; 3,9 Prozent wären dann auch noch gut. Die Neuverschuldung in Frankreich liegt jetzt zwischen 5 und 5,5. Auf 3 Prozent kommen die bis 1999 niemals, auf knapp 4 schon eher, und damit wäre ja dann die Defizitquote in diesem Lande, `erheblich und laufend‘“, wie es im Vertrag heißt, zurückgegangen.“ Wenn es so käme, fände er das allerdings gar nicht so problematisch. Er versucht mir zu erklären, warum: „Die Österreicher schaffen das Ziel von exakt 3 Prozent auch nicht, ebensowenig die Belgier. Nur – bei

diesen Ländern wäre es auch kein Problem, denn hier haben wir ja faktisch schon längst eine Währungsunion: Schilling, Belgische Franc und D-Mark sind seit Anfang der achtziger Jahre zueinander unverändert, und die Geldpolitik dieser Länder orientiert sich ausschließlich an der Bundesbank.“ Stimmt. Unmittelbar vor unserem Gespräch hatte die Bundesbank die Leitzinsen gesenkt, und Wien und Brüssel haben – wie stets in der Vergangenheit – sofort nachgezogen. „Mit diesen Staaten kann ich auf der Stelle eine Währungsunion à la Maastricht machen“, sagt der Banker, „auch wenn nicht alle Kriterien buchstabengetreu erfüllt sind.“ Anders sähe es mit der Südschiene aus, die er salopp „Club Méditerranée“ nennt, also die Länder von Portugal über Spanien und Italien bis Griechenland. Würden diese Länder unter Verletzung der Konvergenzregeln aufgenommen, dann wäre mit einer heftigen Reaktion der Finanzmärkte zu rechnen.

Wie groß ist die Gefahr, dass sich beitriftswillige Staaten die Konvergenzkriterien „zurechtrechnen“, um trotz schlechter Finanzdaten doch noch dabei zu sein? Eine heikle Frage. Rein theoretisch wären gewisse Manipulationen möglich, bevor die einzelnen Länder ihre Daten an das Statistische Bundesamt in Brüssel übermitteln. Ein Teil der Staatsschulden ließe sich in der Haushaltsrechnung durchaus auch auf Staatsbetriebe und andere Institutionen übertragen, die in der Statistik dann dem gewerblichen Sektor zugerechnet würden. In Frankreich wird tatsächlich teilweise so verfahren – auch wir haben das bis Ende 1994 mit den Treuhandschulden praktiziert. „Mit solchen Verschiebungen kann optisch das Staatsdefizit gedrückt werden“, räumt mein Gesprächspartner ein, beeilt sich aber hinzuzufügen: „Ich möchte keinem der Partnerländer unterstellen, dass sie so etwas manipulieren, um in die Nähe der 3-Prozent-Marke zu kommen. Das ginge mir zu weit. Aber möglich ist es..“

Als ein wesentlicher Vorteil der Währungsunion wird immer der Wegfall des Wechselkursrisikos gehandelt. Das zugrundeliegende Problem – unterschiedliche Wirtschaftskraft in den Partnerländern – löst man allerdings nicht automatisch, indem man Europa eine gemeinsame Währung überstülpt. Der Banker macht das mit einem Beispiel deutlich: „Ich bezeichne den Wechselkurs gerne als Fieberthermometer. Wenn man das Thermometer zerbricht, ist das Fieber ja nicht weg. Also werden sich die Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften an anderer Stelle zeigen, und zwar am Arbeitsmarkt. Dann bleibt nichts übrig, als mit Finanztransfers einzugreifen, sonst geht das sozialpolitisch in die Hose.“ „Aber das müssen doch auch ein paar Menschen sehen, die Politik machen“, sage ich. Kein Kommentar.

Stattdessen: „Entweder kommen die Menschen aus der Peripherie Europas in die zentralen dynamischen Regionen. Das ist nicht gewollt. Dann müssen die Politiker das Kapital zu den Menschen schicken. Da das privatwirtschaftlich selten funktioniert, geht es nur über die öffentlichen Haushalte. Das nennt man dann Transfer.“

Was denken Leute, die an den Schalthebeln der Geldpolitik sitzen? Mein nächster hochkarätiger Kontakt verweist mich gleich an den Notenbankpräsidenten der Schweiz, Dr. Markus Lusser, der aus naheliegenden Gründen viel offener argumentieren könne. Er selber müsse Rücksichten nehmen und vorsichtig sein. Sehr dezent formuliert er sein Bedauern über die unzureichende Aufklärung durch die Politik. „Aber“, so meint er schließlich, „man verhält sich wohl aus guten Gründe so. Sonst wird die Währungsunion in der Öffentlichkeit noch weniger akzeptiert.“ Er geht immerhin so weit festzustellen, dass Europa kein optimaler Währungsraum sei. „Deutschland ist auch kein optimaler Währungsraum, Italien auch nicht. Der Unterschied ist: In diesen Nationalstaaten gleicht man das mit mehr oder weniger Konsens über beträchtliche Finanztransfers aus.“

Während ich auf Texte des Schweizer Nationalbankpräsidenten warte, versuche ich weitere deutsche Stimmen einzufangen. Einen Finanzexperten erreiche ich am Telefon in einer verärgerten Stimmung, die ihn mehr sagen lässt, als er eigentlich will. „Das ist doch alles Humbug“, meint er, „das wird doch politisch und nicht ökonomisch entscheiden!“ Meinen Einwand, dass ein starker politischer Wille für das Erreichen eines Zieles eher den Ausschlag geben könnte als ökonomische Kriterien, lässt er nicht gelten. „Unser Kanzler ist eben Historiker und kein Ökonom. In ökonomischer Hinsicht ist er eine einzige Katastrophe. Denken Sie an die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands. Was dabei für Fehler gemacht worden sind, das geht auf keine Kuhhaut!“ Ich greife diesen Aspekt auf. Mit der deutsch-deutschen Währungsunion haben wir ja Erfahrungen sammeln können. Wenn man nun darauf besteht, Europa ab einem bestimmten Stichtag dieser Prozedur zu unterziehen – wäre das von den Kosten überhaupt zu machen? Der Finanzexperte winkt ab: „Wir müssten innerhalb von Europa zu beträchtlichen Transfers kommen. Solidarität innerhalb eines Landes ist gerade noch zu schaffen, aber innerhalb Europas – das glauben Sie doch nicht wirklich?!“ Ich mache mir das Argument zu eigen, dass eine Verschiebung der Währungsunion über 1999 hinaus unermesslichen politischen, aber auch wirtschaftlichen Schaden anrichten könnte, weil ohne diesen Termindruck in keinem Land mehr ernsthaft an der Konsolidierung der Staatshaushalte

gearbeitet würde. Diese Argumentation hält mein Gesprächspartner für absolut überzogen.

Mittlerweile scheint er sich etwas beruhigt zu haben und fügt mit traurig klingender Nachdenklichkeit hinzu: „Ich habe es sehr bedauert – wirklich sehr bedauert -, dass sich unser Bundespräsident Herzog vor diesen Karren hat spannen lassen.“ Er spielt auf die Rede an, in der Roman Herzog eindringlich appellierte, die europäische Einigung nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, indem man über Termine und Fristen streite. „Die Währungsunion wird durch diese Rede auf eine unangreifbare Ebene gehoben, als ob es um Krieg und Frieden im Europa der Zukunft ginge.“ Seine ursprüngliche Verfassung hat ihn wieder eingeholt, als er weiterspricht: „Eigentlich finde ich es empörend. Da wird im Grund mit der Sorge der Menschen um Frieden Schindluder getrieben.“

Mir ist immer unverständlicher, warum die Währungsunion bei so vielen Einwänden von sachkundiger Seite derart forciert wird. Ich kann nicht glauben, dass es für einige der prominenten Befürworter wirklich nur darum geht, sich ein europäisches Denkmal zu setzen. Diejenigen, die es besser wissen müssten, können doch nicht ernsthaft nach dem Motto verfahren: Nach mir die Sintflut. Oder steigen manche, die sich politisch so ins Zeug legen, wirklich nicht dahinter? Die Arbeitsplatzrechnungen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund an die Währungsunion koppelt. Lassen auch diese Variante als nicht ganz aus der Luft gegriffen erscheinen. Oder verhält es sich so, dass irgendwann keiner mehr was sagt, wenn ein Trend sich durchgesetzt hat? Diese Fragen bespreche ich noch einmal mit dem Bankfachmann. Für ihn ist der Maastrichter Vertrag ein Kind der achtziger Jahre, gezeugt im Klima der Ost-West-Konfrontation. Das politische Bedürfnis hieß: den Westen eng zusammenfügen, um geschlossen gegen den Osten zu stehen und vor allen Dingen zu verhindern, dass Deutschland in seiner besonderen Rolle als geteilter Staat die Fronten verwischt. „Nachdem der Ostblock zusammengebrochen ist“, so der Banker, „gibt es meines Erachtens in Europa wichtigere Aufgaben als die Währungsunion im Westen. Ich meine die Integration Osteuropas.“ Nach seiner Überzeugung wäre es viel dringender, diesen osteuropäischen Ländern so rasch wie möglich die westeuropäischen Märkte zu öffnen, damit sie beim Aufbau ihrer Volkswirtschaften schneller vorankommen. Der Gedanke ist mir sympathisch, obwohl ich weiß, dass uns das Öffnen unserer Märkte einiges kosten würde. Neue Mitbewerber gefährden die eigenen Wirtschaftsstrukturen, und auf den nötigen Strukturwandel reagieren die einzelnen Volkswirtschaften in Westeuropa sehr unterschiedlich. Mein Gegenüber spinnt den Gedanken weiter:

Wenn die in einer Währungsunion verbundenen Volkswirtschaften auf äußere Entwicklungen nicht gleichartig, sondern asymmetrisch reagieren, dann läuft das zwangsläufig auf Finanztransfers innerhalb dieser Währungsunion hinaus. Das Fazit: Lieber den Wirtschaftsraum nach Osten vergrößern und dafür die Währungsunion im Westen verschieben.

Wird nicht auch umgekehrt ein Schuh draus? Wenn man die Währungsunion durchpeitscht, dann kann man – von allen anderen ökonomischen Schwierigkeiten einmal abgesehen – die Öffnung nach Osten auf längere Sicht zu den Akten legen. Wenn wir alle Hände voll mit unserer westeuropäischen Währungsunion zu tun haben, stehen jedenfalls genügend Argumente bereit, um dem Osten die Öffnung zu verweigern. Wir verkraften das nicht, das ist uns zu teuer – das sagt sich nicht so leicht. Baut da mancher mit der westeuropäischen Währungsunion in Gedanken schon an einer neuen Mauer?

Apropos Osten. Wenn man sich die allgemeine Subventions- und Transferpolitik bei uns anschaut, worin bestehen eigentlich noch die signifikanten Unterschiede zu staatssozialistischen Systemen? Was macht uns so sicher, bei uns überhaupt noch von Marktwirtschaft sprechen zu können? Für einen öffentlich-rechtlichen Banker geradezu revolutionär hat das Ulrich Hombrecher von der Westdeutschen Landesbank in der Zeitschrift *Capital* (Dezember 1995) ausgedrückt: „Staatsanteile über 50 Prozent haben nur wenig mit Marktwirtschaft zu tun“, d.h. einfach, dass jede zweite Mark der gesamtwirtschaftlichen Leistung durch die Kassen des Staates fließt. Ich spreche auch mit Ulrich Hombrecher. Meine erste Frage: Was kann man besorgten Menschen entgegen, die fürchten, dass aus der Währungsunion eine Inflationgemeinschaft wird? In seiner Antwort taucht gleich zu Beginn der Begriff auf, dem ich in diesem Zusammenhang immer wieder begegne: „Meine Sorge ist, dass es mehr eine *Transfergemeinschaft* wird. Ob auch eine Inflationgemeinschaft, das kommt letztlich darauf an, wie robust die Notenbank ist.“ Er erklärt mir, dass es für die Europäische Notenbank noch sehr viel schwieriger werden wird, sich im politischen Umfeld zu behaupten, als es jetzt für die Bundesbank schon ist. „Die Bundesbank steht oft unter Druck, wie wir alle wissen.“ Gesetzt den Fall, eine Währungsunion unter Beteiligung einer hinreichenden Zahl von Staaten – also nicht nur drei oder vier – käme zustande; es braucht wenig Phantasie zu prophezeien, dass bei wirtschaftlichen Problemen zunächst einmal jeder von der Notenbank erwarten wird, dass sie mehr Geld bereitstellt. Der politische Druck wird enorm wachsen. Der moralische auch, nach dem Motto: Könnt ihr hartherzigen Notenbanker verantworten, dass

Millionen ihre Jobs verlieren? Ulrich Hombrecher formuliert seine Bedenken: „Ich habe Zweifel, dass eine Europäische Notenbank im Konfliktfall mit der Finanzpolitik oder mit den Tarifpartnern ein ähnliches Durchsetzungsvermögen und eine ähnliche Widerstandskraft hat wie die Bundesbank. Ich fürchte, sie wird leichter nachgeben. Denn eines ist klar: Die Bundesbank hat einen enorm wichtigen Verbündeten, und das ist die breite Öffentlichkeit. Die Bundesbank spricht ex cathedra. Was die sagt, glaubt man. Was die Bonner sagen, da hat man immer Zweifel.“ Hombrecher ist also skeptisch, dass es der Europäischen Zentralbank gelingt, die Autorität der Bundesbank sozusagen nahtlos zu übernehmen. „Das ist eine Vermutung“, betont er, es gibt dafür keine Beweise, weil es die Währungsunion noch nicht gibt, aber wir haben genügend Indizien, dass es so sein wird.“

Ich werde bei Ulrich Hombrecher noch eine Verständnisfrage los. Eingeweihte Leser mögen mir verzeihen, aber ich war immer wieder über den Hinweis gestolpert, dass die künftige Europäische Zentralbank keine Wechselkurskompetenz besitzen soll. Das hieße, sie könnte den Wert des Euro z.B. gegenüber dem Dollar oder dem Yen nicht eigenständig festlegen. Diese Kompetenz solle vielmehr beim Europäischen Rat liegen. Nur dieses Gremium, in dem die europäischen Regierungen vertreten sind, kann künftig mit qualifizierter Mehrheit eine allgemeine Orientierung für die Wechselkurspolitik beschließen. Bedeutet das nicht, dass Währungsentscheidungen in Zukunft politischer Opportunität unterliegen können? Der Landesbanker klärt mich auf, dass dieses Primat der Politik auch in Deutschland gegeben ist, allerdings: „Es hat einen anderen Rahmen, oder sagen wir, die Bundesregierung hat es selten ausgenutzt. Damals unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, als das EWS (Europäisches Währungssystem) gegründet wurde - das geschah gegen den Willen der Bundesbank.“ Ich frage weiter: „Heißt das, die Politik hat auch heute schon die Möglichkeit, Wechselkurse frei zu bestimmen, macht davon aber so gut wie nie Gebrauch? Und in Europa ist damit zu rechnen, dass es getan wird?“ „Vielleicht eher getan wird“, schwächt Hombrecher ab, „denn es gibt Länder wie Frankreich, die festen Wechselkursen ein sehr hohes Gewicht beimessen.“ Wie ich später erfahre, rät der Schweizer Notenbankpräsident indirekt, das Primat der Politik in diesem Punkt auszugeben. Eidgenössisch zurückhaltend liest sich das bei ihm so: „Politischer Einfluss (...) führt erfahrungsgemäß selten zu Wechselkursen, die mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang stehen.“

Von komplizierten Sachverhalten soll man sich nicht abschrecken lassen, also halte ich mich noch etwas bei der Frage der künftigen Wechselkurse innerhalb Europas auf. Wie soll das überhaupt funktionieren? Laut Fahrplan müssten Anfang 1998 die Teilnehmerländer benannt und am 1. Januar 1999 die Wechselkurse fixiert werden, die dann umgehend gelten sollen. „Also ist dazwischen noch etwa ein Jahr Zeit“, meint Hombrecher, „da atmen die Wechselkurse auch noch.“ Nach den Maastricht-Kriterien können sich nur Länder qualifizieren, die über die bereits genannten Bedingungen hinaus folgende Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen am jetzigen EWS-System in den letzten zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung teilgenommen haben, ohne dass ihre Währungen außergewöhnlichen Schwankungen unterlagen und ohne dass die Leitkurse auf Initiative der eigenen Regierung abgewertet worden sind. Hombrecher hält diese Bedingung für das wichtigste Kriterium, denn „wenn ich über so einen Zeitraum von zwei Jahren stabile Wechselkurse habe, ohne dass da groß manipuliert worden ist, dann kann ich sagen: Dieser Wechselkurs ist ökonomisch richtig.“ Problematisch wird es, wenn aus politischen Gründen Länder teilnehmen sollen, die sich ökonomisch nicht qualifiziert haben. „Wenn politische Erwägungen eine große Rolle spielen, dann werden wir bis zum 31. Dezember 1998 wahrscheinlich noch einiges erleben auf den Devisenmärkten“, prophezeit Hombrecher, „und unter diesen Umständen würde es auch unheimlich schwierig werden, den ökonomisch richtigen Wechselkurs zu finden. Dieser Umrechnungskurs, der dann ein für alle Mal gilt, darf ja nie mehr verändert werden. Denn wenn er verändert wird, ist die Währungsunion zerbrochen.“

Wie sich ökonomisch nicht gerechtfertigte Wechselkurse auswirken, lässt sich leicht darstellen. Geht ein Land mit einer überbewerteten Währung in die Union – d.h. die Währung wird „härter“ gehandelt, als sie tatsächlich ist -, muss es zwar eine gewisse Zeit lang Einbußen bei Wachstum und Beschäftigung hinnehmen, der Realwert des Vermögens seiner Bürger ist jedoch höher. Umgekehrt verhält es sich bei einem Land, das mit einer unterbewerteten Währung in den Club kommt. Dieses Land hat zunächst Wachstums- und Beschäftigungsvorteile, aber das Vermögen seiner Bürger wird real entwertet. Und natürlich auch die Staatsschulden dieses Landes. Ob da jeder der Versuchung widerstehen kann, ein bisschen zu manipulieren? Spielen wir das doch einmal durch: Da die politischen Interessen eindeutig dominieren, kann man nicht ausschließen, dass einzelne Länder versuchen werden, diesen Effekt auszunutzen – in der Erwartung, der Bürger merkt sowieso nichts, dem wird der Wertverlust seines Vermögens gar nicht bewusst. Aber um die Staatsschulden

real zu entwerten, setzt man alles daran, mit einer unterbewerteten Währung da reinzugehen. Sollte es aus diesen und anderen Gründen vor der endgültigen Bindung der Wechselkurse zu starken Schwankungen kommen, dann wird es mit den Worten von Hombrecher „ein Hauen und Stechen“ darum geben, welchen Umstellungskurs man letztendlich nimmt. „Und dafür gibt es noch kein Verfahren.“ Wie also werden sich „Stichtags-Zufälligkeiten“ auswirken?

Mittlerweile sind die Unterlagen des Schweizer Notenbankpräsidenten eingetroffen. Um es gleich vorwegzunehmen: Nach Ansicht von Dr. Lusser sollte eine gemeinsame europäische Währung erst dann verwirklicht werden, wenn die dafür notwendigen Bedingungen erfüllt sind, denn „eine Währungsunion bedeutet nicht einfach, dass ein Zahlungsmittel durch ein anderes ersetzt wird. Sie bedeutet, dass nationale Geldpolitiken durch eine gemeinsame übernationale Geldpolitik abgelöst werden.“ Ein ungeheurer qualitativer Schritt, wenn man sich klarmacht, welch mächtiges wirtschaftspolitisches Instrument die Geldpolitik ist. Wir kriegen nicht einmal eine gemeinsame Außenpolitik auf europäischer Ebene hin, wie soll es dann mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik klappen? Ob die Einheitswährung das geeignete Mittel ist, diese Gemeinsamkeit herbeizuzwingen?

Fassen wir doch einmal kurz zusammen: Die Währungsunion ist in erster Linie eine politische Entscheidung, die den ökonomischen Gegebenheiten eher geringe Beachtung schenkt. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Entweder man sagt, eine so tiefgreifende ökonomische Veränderung wie die Währungsunion kann nur gelingen, wenn die ökonomischen Daten stimmen. Politische Überlegungen müssen weitgehend draußen bleiben, wenn das Ding funktionieren soll. Oder man argumentiert, eine so tiefgreifende ökonomische Veränderung wie die Währungsunion kann nur gelingen, wenn ein starker politischer Wille dahintersteht. Dann lassen sich auch ungünstige ökonomische Daten eher in den Griff bekommen. Zu welcher Auffassung neigen Sie? Die Schlussfolgerung muss in beiden Fällen jedoch die gleiche sein: Der Termin 1999 ist nicht einzuhalten. Denn – dass die wirtschaftlichen Daten nicht zu schaffen sind, bestreiten nur noch unverbesserliche Optimisten. (Nach Jewtuschenko leiden unverbesserliche Optimisten unter Mangel an Wissen, unverbesserliche Pessimisten unter Mangel an Phantasie.)

Und was den politischen Willen betrifft, so scheint mir ein fundamentales Missverständnis vorzuliegen. Ich glaube gerne, dass einige eifrige Verfechter der Währungsunion dieses Ziel aufrichtig verfolgen, es politisch wirklich wollen. Aber wollen sie auch die untrennbar damit verbundene Einschränkung

der einzelstaatlichen Souveränität? Noch wichtiger: Hätten sie überhaupt das Recht dazu, haben ihnen die Bürger ein Mandat gegeben? Wir sind hier in Deutschland doch zu keinem Zeitpunkt in dieser Angelegenheit befragt worden. Ich spreche nicht von unverbindlichen Stimmungsbarometern der Meinungsforschungsinstitute, ich spreche von verbindlichen Bürgeraussagen. Und weil das so ist, fürchte ich, dass sich der ständig beschworene politische Wille nur auf eine Handvoll politischer Entscheidungsträger beschränkt, die ihr Volk gar nicht erst fragen – aus Angst, Antworten zu bekommen, die nicht ins Konzept passen. Eine gefährliche Angelegenheit. Aber warum soll ausgerechnet hier ein Prinzip angewandt werden, das wir auch sonst nicht berücksichtigen – oder haben Sie das Gefühl, an wichtigen Entscheidungen demokratisch beteiligt zu sein?

Der Schweizer Notenbankpräsident stellt in einem Vortrag, den er am 22. November 1995 in Wien vor der Österreichischen Industriellenvereinigung gehalten hat, fest, dass die EU insgesamt gesehen kein optimales Währungsgebiet ist. Gleichzeitig weist Dr. Lusser aber darauf hin, dass einige der bestehenden Währungsunionen durchaus funktionieren, obwohl sie im wissenschaftlichen Sinne alles andere als optimale Währungsgebiete sind. Als Beispiel nennt er Deutschland, aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika, selbst die Schweiz und Italien. Warum funktioniert es mit der Währungsunion innerhalb dieser Länder dennoch? Nach Dr. Lusser sind dafür zwei Faktoren ausschlaggebend: der politische Wille, regionale Interessen den unionsweiten Interessen unterzuordnen, sowie eine hohe politische Solidarität mit den Regionen, die durch die Unterordnung wirtschaftlich zu kurz kommen. Diese Solidarität wird in den bestehenden Währungsunionen durch direkte Geldtransfers oder mit Hilfe des Steuersystems geleistet. Das Beispiel Italien führt er näher aus. Die Arbeitslosenquote beträgt in Norditalien rund 7 Prozent, in Süditalien rund 20 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität liegt im Mezzogiorno gut 20 Prozent tiefer als im Norden. „Der Anhänger der Theorie optimaler Währungsgebiete wäre vermutlich versucht, Italien vorzuschlagen, zwei getrennte Währungen einzuführen, eine `Lira-Nord` und eine `Lira-Süd`“, so Dr. Lusser. Aber das ist eben nur die Theorie. Die Praxis wird nicht gerade von Begeisterung, aber von einer tragfähigen politischen Solidarität bestimmt. Kriegen wir so etwas im europäischen Rahmen auf die Beine?

Dr. Lusser formuliert dazu sehr zurückhaltend, aber seine Aussage ist eindeutig und letztlich niederschmetternd: „Besteht ein politisch ähnlich stark abgestützter

Konsens (wie in Italien) auch bereits in der EU? Würde er gar in einer die ganze EU umfassenden Währungsunion bestehen? Ich maße mir darüber – als außenstehender Betrachter – kein Urteil an. Ich bin aber überzeugt, dass ein solcher Konsens die notwendige Voraussetzung einer auf Dauer angelegten Europäischen Währungsunion ist. Die EU ist – ähnlich wie mehrere ihrer Mitgliedsstaaten – kein optimales Währungsgebiet. Sie wird, wagt sie den Übergang zur Einheitswährung, deshalb ohne Finanzausgleich nicht bestehen können. Der Maastrichter Vertrag macht um dieses Thema einen Bogen. Er sieht weder ein ausgebautes System von Transferzahlungen noch die Verlagerung von steuerrechtlichen Kompetenzen auf die Unionsebene vor. Wo liegt der Grund dieses Schweigens? Ich weiß es nicht. Ich hoffe nur, er keime nicht aus der Furcht, keine politische Mehrheit für diese Maßnahmen zu finden. Dies hieße, dass der EU – mindestens nach der Meinung ihrer politischen Führer – der politische Wille und die politische Solidarität, die die Grundlage jeder erfolgreichen Währungsunion bilden, fehlen.“ Nahezu beschwörend klingt seine Schlussfolgerung: „Die Europäische Währungsunion muss (...) ein Erfolg werden. Sie darf auf keinen Fall scheitern. Dies kann möglicherweise heißen, dass der ambitionöse Fahrplan, den die EU sich für den Übergang zur gemeinsamen Währung setzte, überdacht werden muss.“

Alles „nationalistisches Stammtischgequatsche“? Viel zu viele Fragen bleiben offen.

Beispiel eins: Das Wechselkurskriterium ist alles andere als eindeutig. Im Maastrichter Vertrag ist festgelegt, dass nur diejenigen Länder an der Währungsunion teilnehmen dürfen, deren Währung sich innerhalb des EWS in den letzten zwei Jahren in einer „normalen Bandbreite“ bewegt hat, also keine großen Schwankungen zeigte. Als „normal“ wurde zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses +/- 2,25 Prozent betrachtet. Mittlerweile beträgt die Bandbreite im EWS +/- 15 Prozent. Die EU hat entschieden, erst zum Zeitpunkt der Beitrittsprüfung endgültig festzulegen, was „normale Bandbreite“ in Zahlen bedeutet – welche Aussagekraft hat dann dieses Kriterium?

Beispiel zwei: Eine Währungsunion kann alle ihre Vorteile nur dann entfalten, wenn nationale Steuersysteme dem nicht entgegenstehen. Unterschiedliche Steuerbelastungen werden sich weiterhin auswirken, d.h. das Kapital wird legal dorthin gebracht, wo es steuerlich am günstigsten ist. Da bei einer einheitlichen Währung die Stabilität der DM kein Anlagekriterium mehr ist, muss man weiterhin damit rechnen, dass Kapital aus Deutschland abgezogen wird. Denn ein europäisches Steuersystem werden Sie und ich nicht mehr erleben.

Beispiel drei: Was geschieht eigentlich mit den Konvergenzkriterien nach dem Tag X? Wie soll gewährleistet werden, dass sich die Mitglieder auch künftig nach diesen Eintrittsregeln richten und nicht anfangen zu schludern, wenn sie erst einmal im Club drin sind? Es gibt zwar einen Passus im Maastrichter Vertrag, der die „Überwachung der Haushaltslage in den Mitgliedsstaaten“ regelt und auch Sanktionen vorsieht. * Doch die wird wegen der überaus komplizierten praktischen Umsetzung niemand ernsthaft fürchten müssen. Halte ich mich an die Regeln, gut, wenn nicht – auch gut. Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut geht davon aus, dass wegen der umständlichen Entscheidungsprozeduren innerhalb der EU, die größtenteils Einstimmigkeit fordern, diese Vorschrift erst zum Sankt-Nimmerleins-Tag greift.

Bundesfinanzminister Waigel hat diese Schwachstelle erkannt, und er versucht sie durch eine Zusatzvereinbarung zu reparieren. Demnach soll ein Land, dessen jährliches Haushaltsdefizit über 3 Prozent hinausgeht, einen nicht zu verzinsenden Betrag bei der Europäischen Zentralbank hinterlegen. Die genauen Zahlen lauten: Für jeden Prozentpunkt über 3 Prozent sind 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fällig. Wenn das Land es innerhalb von zwei Jahren nicht schafft, die vorgeschriebene Quote von 3 Prozent wieder zu erreichen, soll diese zinslose Einlage als Bußgeld in den EU-Haushalt einfließen. Theoretisch keine schlechte Überlegung, praktisch aber außerordentlich problematisch. Ulrich Hombrecher von der Westdeutschen Landesbank sieht da auch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. „Meines Erachtens ist dieses Verfahren mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“, meint er. „Beugt der Bund sich diesem automatischen Sanktionsmechanismus, so kann er das zwar für sich entscheiden, würde damit aber zwangsläufig in die Finanzhoheit der Bundesländer eingreifen.“ Wenn wir ehrlich sind: Auch die geplante Zusatzvereinbarung dient nur der allgemeinen Beruhigung, hat aber für die Praxis keine Bedeutung.

Kommt der Euro, kommt die Währungsunion? Wer wird dabei sein? Hier ein kleines Planspiel zu Schluss, ohne allzu pingelig auf Wirtschaftsdaten zu schießen und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Nach Auskunft der Experten erreicht nur *Luxemburg* auf Anhieb alle Kriterien. Möglicherweise auch *Deutschland*. *Österreich* einzubeziehen wäre kein allzu großes Problem, weil sich gegenüber der derzeitigen Praxis zwischen diesen Ländern sowieso nichts ändern würde. Die *Niederlande* und *Belgien* fallen zwar wegen ihrer Staatsverschuldung raus – vor allen Dingen Belgien, das mit über 130 Prozent mehr als das Doppelte der erlaubten 60 Prozent aufweist -, aber sie gehören auf jeden Fall dazu. Mit all diesen Ländern besteht schon seit langem so etwas wie

eine Währungsunion. Außerdem – die Vorstellung, die Eurokraten in Brüssel zahlten mit Belgischen Franc, während drumherum alle mit Euro zahlen, wäre einfach lächerlich. Also wird man sich auch für Belgien eine Lösung einfallen lassen. *Italien* kann man aus vielen Gründen nicht ausschließen. Italien ist Gründungsmitglied der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – der EWG-Vertrag von einst heißt „Römischer Vertrag“ -, das Land war bei jeder Integrationsstufe immer in der ersten Gruppe. Niemand kann Italien ernsthaft zumuten wollen, wegen eines überhasteten Fahrplans in die zweite Liga absteigen zu müssen. Und wenn wir für Belgien eine Ausnahmeregelung hinkriegen, dann wird Italien zu Recht sagen: Was ihr den Belgiern gewährt, könnt ihr uns nicht verwehren. Ohne *Frankreich* gibt es keine sinnvolle Währungsunion in Europa. Frankreich ist Europa, auch wenn Europa nicht Frankreich ist. Jedenfalls gehört Frankreich als eine der beiden stärksten europäischen Volkswirtschaften in den Club. Alles andere ist Nonsense. *Spanien* wird man nicht ausschließen können, wenn man Italien einbezieht. Dann werden seine westlichen Nachbarn sagen: Was soll der Unfug, wollt ihr die Iberische Halbinsel teilen? Also muss *Portugal* mit hinein. Dann kommt es auch *Griechenland* auch schon nicht mehr an... usw., usw.

Nach Auskunft einiger Finanzexperten mit „Europablick“ könnte das Jahr 2005 ein reeller Starttermin sein. Dann sind zwar ganz sicher immer noch nicht alle so weit, aber die Chancen stünden nicht schlecht, eine Gruppe zusammenzubekommen, in der die gute Idee der Europäischen Währungsunion in eine gute Praxis umgesetzt werden kann.

*

Die entsprechenden Bestimmungen finden sich in Artikel 104 c des Vertragswerks. In Absatz 9 heißt es: „Falls ein Mitgliedsstaat den Empfehlungen des Rates weiterhin nicht Folge leistet, kann der Rat beschließen, den Mitgliedsstaat mit der Maßgabe in Verzug zu setzen, innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen für den nach Auffassung des Rates zur Sanierung erforderlichen Defizitabbau zu treffen.“ Und in Absatz 11: „Solange ein Mitgliedsstaat einen Beschluss nach Absatz 9 nicht befolgt, kann der Rat beschließen, eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen anzuwenden oder gegebenenfalls zu verschärfen: (...u.a.) die Europäische Investitionsbank ersuchen, ihre Darlehenspolitik gegenüber dem Mitgliedsland zu überprüfen; Geldbußen in angemessener Höhe zu verhängen.“